

EINFÜHRUNG

GERHARD HIRSCHER || Auseinandersetzungen mit dem politischen Extremismus sind wichtig – für Demokraten ist das keine Frage. Die Bedrohungen durch den Islamismus liegen auf der Hand und benötigen immer mehr Ressourcen. Analysen des Rechtsextremismus und die Erstellung von Präventionsstrategien sind ebenso notwendig wie gesellschaftlich und politisch erwünscht. Wer sich mit dieser Spielart des politischen Extremismus beschäftigt, erfährt in der Regel breite Unterstützung – außer von den Objekten seiner Analysen. Wer sich mit dem Linksextremismus befassen will, erntet zunächst wohl eher erstauntes Nachfragen oder gleich entrüstetes Kopfschütteln. Linksextremismus – gibt es den noch? Lohnt sich das wirklich, sich heute in Deutschland noch damit zu beschäftigen?

In einer Expertentagung hat sich die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung am 26. und 27. Juni 2014 mit dieser Frage befasst. Einige der Vorträge dieser Runde sind in diesem Band in überarbeiteter und ergänzter Fassung veröffentlicht. Die kurze Antwort lautet: „Ja, es lohnt sich, sich mit dem Linksextremismus zu beschäftigen. Dies sollte auch weiterhin Aufgabe für jeden Demokraten sein und bleiben.“

Ein Grund für die unterschiedliche Wahrnehmung extremistischer Positionen mag bereits in der veränderten Perzeption der politischen Richtungen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten liegen. Laut Zahlen von TMS Emnid (veröffentlicht im August 2007) haben sich 1981 in der Bundesrepublik noch 38 % als „Rechts“ und nur 17 % der Befragten als „Links“ eingeordnet. Im Jahr 1993 lagen die Einstufungen mit 26 % „Rechts“ und 24 % „Links“ noch fast gleichauf. Im wiedervereinigten Deutschland sahen sich 2007 nur noch 11 % als „Rechts“, aber 34 % als „Links“. Diejenigen, die sich als „Mitte“ einstufen, sind von 41 % auf 52 % gestiegen. Darin mag sich der Drang widerspiegeln, gesellschaftlich erwünschte Antworten zu geben. Angesichts der in den Medien seit Jahrzehnten immer wieder festzustellenden Gleich-

setzung oder Verwechslung von „Rechtsextrem“ und „Rechts“ mag das keine Überraschung sein. Aber dass sich heute (an den Werten hat sich in den letzten Jahren wohl nicht viel geändert) gut ein Drittel der Deutschen als „Links“ einstuft, lässt Rückschlüsse auf das generelle Meinungsklima zu.

Dabei sollte klar sein: Diese Einstufungen haben für die Bürger durchaus eine Bedeutung. In Umfragen kommt wieder zum Ausdruck, dass sie die politischen Lager und die sie repräsentierenden Parteien durchaus realistisch verorten können und auch wollen. So werden (am Beispiel der Zahlen von Infratest dimap – hier der DeutschlandTrend vom April 2012) die demokratischen Parteien in Deutschland allesamt heute weit mehr in der Mitte verortet als noch in den 90er-Jahren. Auf einer Skala von 1 bis 11 (der Wert 6 repräsentiert genau die Mitte) werden die Grünen heute etwa bei 4,5, die SPD knapp unter 5 verortet – also etwas links von der Mitte. Die FDP erscheint fast genau bei 6, die CDU bei etwa 6,5 und die CSU bei knapp 7 – also etwas rechts von der Mitte. Interessant sind die Verortungen auf den Flügeln: Die NPD wird bei etwa 9,5 verortet und ist in dieser Einschätzung von den Befragten sogar seit 2001 immer weiter nach außen verschoben worden.

Die PDS / Linke wird bei etwa 2,5 gesehen und wurde ebenfalls von den Befragten seit 2001 deutlich weiter nach links außen umpositioniert. Dies unterstreicht: Die Links-Rechts-Kategorien spielen für die Beurteilung des politischen Einstellungsraumes durchaus eine Rolle und dieser dient den Wählern zur Orientierung. Es zeigt sich auch: Die Bürger können Links- wie Rechts-extremisten benennen und politisch verorten. Für die meisten Deutschen ist also auch der Linksextremismus eine politische Kategorie, mit der sie etwas anfangen können.

Gilt das auch für die Politik, die Wissenschaft, die Justiz und die Exekutive? Offensichtlich gibt es in den Sicherheitsbehörden immer noch Mitarbeiter und Strukturen, die sich mit dem Linksextremismus beschäftigen. Selbstverständlich ist dies heute aber wohl nicht mehr. Der Begründungsdruck, sich in diesem Feld zu bewegen, ist deutlich höher als bei anderen Spielarten des politischen Extremismus. Armin Pfahl-Traugher belegt in seinem Beitrag, dass der Linksextremismus mehr ist als ein politisches Schlagwort. Gegen zahlreiche aktuelle Kritik legt er dar, dass es nach wie vor linksextremistische Positionen gibt, die die Minimalbedingungen einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates nicht erfüllen. Anarchisten und Kommunisten gibt es nach wie vor in Deutschland – soll man die ignorieren?

Die bedeutendste Kraft auf dem politischen Markt links außen ist ohne Zweifel die Linke. Ist sie eine extremistische Partei? Eckhard Jesse zeigt, dass diese Frage auch von den Sicherheitsbehörden uneinheitlich beantwortet wird. Er lässt aber keinen Zweifel daran, dass er in ihren Reihen nach wie vor beachtliche Untergliederungen sieht, die den demokratischen Verfassungsstaat ablehnen. Er sieht sie als Exponentin eines „weichen“ Linksextremismus, der weder dämonisiert noch verharmlost werden sollte.

Es gibt aber noch weit mehr auf diesem Feld: Karsten Dustin Hoffmann gibt einen instruktiven Überblick über Qualität und Quantität der militanten Linken in Deutschland. Zwar gibt der Verfassungsschutz die Zahl der Linksextremisten insgesamt mit 28.000 und der gewaltbereiten Linksextremisten immerhin mit 7.000 an, aber von der Öffentlichkeit wie von der wissen-

schaftlichen Literatur werden diese weit unterproportional zur Kenntnis genommen. Andererseits ist das Ausmaß an Gewaltbereitschaft in diesem Spektrum erschreckend. Ihr Gefahrenpotenzial sollte nicht unterschätzt werden.

Ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie wenig viele Aspekte in dieser Szene beachtet werden, ist der Beitrag von Ulrike Madest über linksextremistische Musik. Dort zeigt sich – von Wissenschaft und Publizistik weitgehend unbeachtet – eine erhebliche Bereitschaft zur Gewaltverherrlichung. Der Staat und die Polizei als Feindbild, Linksterroristen als Ikonen, Hass gegen den Staat – all das existiert und sollte ernst genommen werden. Wer die Texte rechts-extremistischer Bands für bare Münze nimmt, sollte bei diesen Gruppen nicht weghören.

Die linksextremistische Szene ist auch durchaus in Bayern verankert, wie Andreas Vollmer in seinem Artikel darlegt. Dort sieht sich die Szene im Vorfeld des G7-Gipfels 2015 in Elmau teilweise wieder im Aufwind. Spätestens dann wird man sehen, welche Teile des altbekannten Spektrums oder möglicherweise sogar welche neuen Bündnisse sich an den Protestaktionen beteiligen werden. Sie werden sich als Teil einer Renaissance des Linksextremismus verstehen.

Ist der Linksextremismus in Deutschland Teil des politischen und gesellschaftlichen Mainstreams geworden? In jedem Fall wird, so Rudolf van Hüllen, mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen. Dass ausgerechnet die Aufarbeitung der rechtsterroristischen NSU-Morde ein Vehikel für die weitere „Normalisierung“ im Umgang mit linksextremistischem Gedankengut geworden ist, ist geradezu tragisch. Dem „antifaschistischen“ Kampf als zentraler Basis linksextremistischer Aktion gegen die Demokratie wird so wieder Vorschub geleistet.

Es gibt den Linksextremismus also immer noch – hoffentlich muss es keine Gewalt und Randalie im großen Stil geben, um dies wieder ins Bewusstsein großer Teile der Bevölkerung zu bringen. Die Demokratie in Deutschland sollte auf keinem Auge blind sein.

DR. GERHARD HIRSCHER

Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München